

EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2015



Zuwanderung begrenzen 3

Interview mit Roger Köppel zu Wohlstand, Wachstum und Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz.



EU-Anschluss verhindern 5

Der Bundesrat ist bereit, automatisch EU-Recht und fremde Richter zu übernehmen. Ein gefährlicher Weg.



Asyl-Chaos stoppen 9

Die Sogwirkung der laschen Politik auf Illegale und Wirtschaftsmigranten ist riesig. Jetzt muss gehandelt werden.



 **National- und Ständeratswahlen**
Wie wähle ich richtig? Seite 18

Frei bleiben – SVP wählen

Die SVP will unser schönes und einmaliges Land erhalten: persönliche Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und einen intakten Lebensraum. Diese Errungenschaften sind heute in Gefahr: durch eine masslose Zuwanderung, Gewalt und Kriminalität im Alltag, das wachsende Risiko terroristischer Anschläge, aber auch durch den Drang von Politikern, die Schweiz in die EU zu führen. Wer will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht bei den eidgenössischen Wahlen an die Urne – und wählt SVP.

Eine Zuwanderung von über 80'000 Personen – was der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht – pro Jahr ist für unser Land nicht zu verkraften. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben entschieden, dass dies nicht so weiter gehen darf, weil die Schweiz ansonsten bereits in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner zählt, zubetoniert und überfüllt ist. Wer will, dass dieser Volksentscheid zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung endlich umgesetzt wird, muss Politikerinnen und Politiker ins Parlament entsenden, welche dieses Ziel ebenfalls verfolgen. Auch die Ausschaffung krimineller Ausländer ist fast 5 Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative nicht umgesetzt. Der Grund: Ausser den SVP-Vertretern im eidgenössischen Parlament sträuben sich alle Politiker, Kriminelle auszuweisen. Dank der SVP-Durchsetzungsinitiative kann es nun das Volk

im kommenden Jahr nochmals richten und den Politikern den Weg weisen. Schneller ginge es, wenn im Bundeshaus die richtigen Volksvertreterinnen und Volksvertreter sitzen würden. Deshalb sind Wahlen wichtig. Ungeachtet des Chaos in der EU mit Griechenland, schwacher Währung, offenen Grenzen für Migranten aus der ganzen Welt und zentralistischer Arroganz, wollen Bundesrat und Parlament die Schweiz schleichend der EU anschliessen. Über ein sogenanntes institutionelles Rahmenabkommen soll unser Land zwingend das EU-Recht übernehmen, und die Schweiz soll sich dem Gerichtshof der Europäischen Union unterstellen. Wer das verhindern will, hat nur eine Wahl: bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober 2015 an die Urne gehen und SVP wählen.

18 octobre
18. Oktober

Votez Wählt
Liste 5



Kommentar

Sie haben die Wahl

Am 18. Oktober können die Schweizerinnen und Schweizer das eidgenössische Parlament neu wählen. Haben Sie an den letzten Wahlen teilgenommen? Gehen Sie vielleicht nur bei Sachabstimmungen an die Urne? Oder haben Sie genug, da die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Überlegen Sie es sich gut. Jede zusätzliche Stimme entscheidet im Parlament über Erfolg und Nichterfolg Ihrer Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen.

Bereiten Ihnen die grenzenlose Einwanderung, die jährlich 30'000 Asylsuchenden, welche in der Schweiz ein besseres Leben suchen, die damit zusammenhängenden Missbräuche im Sozialwesen oder die ausufernde Kriminalität Sorge? Auch dann sollten Sie am 18. Oktober wählen gehen. Die SVP ist die einzige Partei, die die Zuwanderung begrenzen und mit den Missbräuchen im Asylwesen aufräumen will. Wählen Sie eine andere Partei, wird die Politik der masslosen Zuwanderung und des Schönredens weitergehen.

In den letzten vier Jahren waren die Mehrheiten im Parlament und in der Regierung mitte-links. Nicht genehme Volksentscheide werden nicht beachtet. So bei der Begrenzung der Zuwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer, der Verwahrung gefährlicher Straftäter, oder dass Pädophile nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Mitte-Links hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz noch stärker in die EU einbinden lassen soll und wir auf unser selbstbestimmtes Recht verzichten sollen. Wenn Sie diese Mehrheitsverhältnisse im Parlament korrigieren wollen, gehen Sie an die Urne. Wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein eigenständiges und freies Land bleibt, haben Sie am 18. Oktober nur eine Wahl: SVP.



Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Es braucht neue Mehrheiten im Parlament

Die Mehrheiten im eidgenössischen Parlament lagen in den letzten vier Jahren oft mitte-links. SVP und FDP halten im Nationalrat derzeit 87 Sitze. Zählt man je nach Thema noch einzelne Vertreter der Mitte-Parteien zum bürgerlichen Lager, reicht es noch immer nicht für die notwendigen 101 Stimmen, um eine sichere Mehrheit zu bilden.

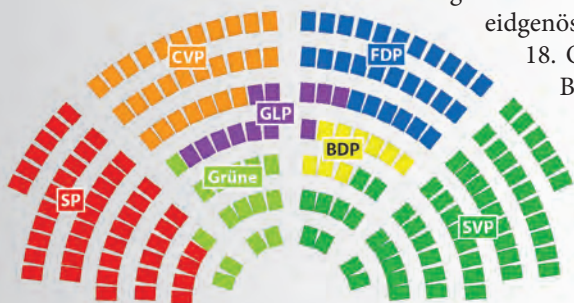


Adrian Amstutz,
Fraktionspräsident,
Sigriswil (BE)

Im Ständerat sieht es noch problematischer aus, weil die SVP über zu wenige Sitze verfügt. Das heisst konkret, dass unter der Führung der linken Parteien massgebliche Weichen in Richtung mehr Staat, zusätzliche Ausgaben, weniger Freiheit, weni-

ger Sicherheit und einer grenzenlosen Zuwanderung gestellt wurden. Das ist auch der Grund, weshalb die SVP in den letzten Jahren gezwungen war, in wichtigen Fragen zu Volksinitiativen zu greifen, z.B. im Bereich der Masseneinwanderung, der Ausschaffung krimineller Ausländer oder der rechtlichen Selbstbestimmung der Schweiz.

Um auf breiter Front etwas zu bewegen, ist es jedoch entscheidend, dass die Mehrheiten im Parlament wieder in Richtung Mitte-Rechts kippen. Dazu bräuchte es nur wenige Sitze, die vom linken ins rechte Lager wechseln. Deshalb sind die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober von zentraler Bedeutung.



Sitzverteilung im
Nationalrat

02.06.2015: Aufblähung der staatlichen Kulturförderung



Der Bundesrat wollte die Kulturförderung für die kommenden vier Jahre auf über 1,1 Milliarden Franken anheben. Die SVP sprach sich für Masshalten und die Beibehaltung auf dem bisherigen Stand aus, was von einer satten Mitte-Links-Mehrheit abgelehnt wurde.

14.12.2012: Ausbau der Bürokratie über flankierende Massnahmen



Statt die Zuwanderung zu begrenzen, hat Mitte-Links massive Eingriffe in den flexiblen Arbeitsmarkt beschlossen, welche zu mehr Bürokratie, Kontrollen und staatlichen Eingriffen führen.

06.05.2015: Ausgabenexplosion beim Bund



SVP und FDP wollten die ausufernden Bundesausgaben (Verdoppelung seit 1990) auf dem Stand von 2014 plafonieren (64 Milliarden Franken). Die Parlamentsmehrheit will den Staat weiter ausbauen. Ein vermittelnder Antrag wurde im Nationalrat mit nur acht Stimmen Unterschied abgelehnt.

05.06.2012: Massive Aufstockung der Entwicklungshilfe



Eine masslose Aufstockung der Entwicklungs- und Auslandshilfe auf jährlich rund 3 Milliarden Franken wurde von beiden Räten gegen den Widerstand der SVP einfach durchgewunken.

Wir dürfen unsere Identität nicht aufgeben

Die massive Zuwanderung führt früher oder später zu grossen Spannungen, denn fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden. Die Zuwanderung hat Auswirkungen auf die Stimmung am Arbeitsplatz, auf die Schulen, aber auch auf unsere gelebte Kultur.



Die Zuwanderung von netto 80'000 Personen pro Jahr führt früher oder später zu grossen Spannungen. Fremde Kulturen können nicht unbegrenzt integriert werden.

Es ist eine historische Leistung, dass die Schweiz als Land von vier Sprachen und unterschiedlichen Kulturen eine starke nationale Identität und einen inneren Zusammenhalt entwickelt hat. Eine eigentliche Gefahr für den Zusammenhalt des Landes geht jedoch von einer masslosen Zuwanderung aus. Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz in 20 Jahren zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

des islamischen Glaubens in unserem Land. Gesichtverschleierung, die Forderung nach muslimischen Friedhöfen oder nach einer Anerkennung als Landeskirche führen schon jetzt zu Diskussionen und Spannungen. Schulklassen, in denen es ausschliesslich ausländische Kinder gibt, oder Ortschaften, die bereits heute einen Ausländeranteil von mehr als 50% haben, sind eine Realität. Ein Kulturwandel findet auch am Arbeitsplatz statt, z.B. über ausländische Chefs, welche Kaderstellen wiederum mit ihren Landsleuten besetzen.

sicht, stellen Gewohnheiten um, verzichten auf kulturelle Eigenheiten, um andere nicht vor den Kopf zu stossen. Auch hier sollten wir Gegensteuer geben. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Walter Wobmann, Nationalrat
und Ständeratskandidat,
Gretzenbach (SO)

Auswirkungen auf alle Lebensbereiche

Bereits heute spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der Ausbreitung

Wir passen uns an

Die vielleicht grösste Veränderung findet aber in unseren Köpfen statt. Wir passen uns an, nehmen Rück-

Soziale Sicherheit in Gefahr

46% der Arbeitslosen und der Sozialhilfebezüger sind heute Ausländer. Dieser Wert ist doppelt so hoch wie der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung. Durch die Masseneinwanderung tickt in unseren Sozialwerken eine Zeitbombe.



Jürg Stahl, Nationalrat und Mitglied
Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit, Brütten (ZH)

Nach und nach muss auch der Bundesrat zugeben, dass die Folgen einer masslosen Einwanderung für unsere Sozialwerke kaum abzusehen sind. Während beispielsweise die AHV

heute durch die massive Zuwanderung noch zusätzliche Beitragszahler erhält, ist auch für den Bundesrat klar, dass «dieser Zufluss jedoch zu zukünftigen Rentenansprüchen» führt. Oder anders ausgedrückt: Die AHV kann nicht langfristig durch ein Schneeballprinzip finanziert werden.

Belastete Arbeitslosenversicherung

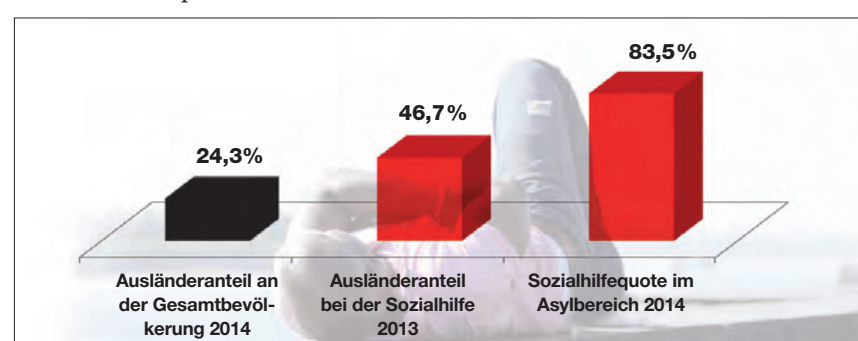
Bei der Arbeitslosenversicherung sind bereits heute die belastenden Effekte der Zuwanderung zu spüren. Während die Schweizerinnen und Schweizer insgesamt deutlich mehr einzahlen als sie beziehen, finanziere-

ren EU-Bürger anteilmässig nur noch 80% der von ihnen bezogenen Leistungen selbst. Personen aus Nicht-EU-Ländern beziehen prozentual gar dreimal mehr Leistungen, als von ihnen einbezahlt werden. Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage könnte diesen Zustand rasch verschärfen.

Pulverfass Sozialhilfe

Hoch problematisch ist schliesslich die Situation im Bereich der Sozialhilfe, deren Kosten sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt haben. Hier schlägt insbesondere die hohe Sozialhilfequote im Asylbereich zu Buche. Über 83% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.

In einzelnen Bevölkerungsgruppen, wie den Eritreern, steigt dieser Wert auf über 90%. Diese Personen werden kaum je eine Arbeit finden und langfristig die Finanzen der Gemeinden massiv belasten, was zu Steuererhöhungen und sozialen Spannungen führen wird.



Ausländer in der Schweiz beziehen doppelt so oft Sozialhilfe, 8 von 10 Personen im Asylbereich beziehen ebenfalls Sozialhilfe.

Impressum

EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 2'943'992
Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58
Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8450 Andelfingen | Bildquellen: iStockphoto, admin.ch, AZ, parlament.ch, Swisspanorama.ch, Anita Troller (InterConnections Zürich), SVP Schweiz | Karikaturen: Martin Gohl | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Die Schweiz nicht zubetonieren

Jede Sekunde gehen in der Schweiz 1,1 Quadratmeter Kulturland verloren. Umgerechnet auf ein Jahr entspricht das einer Fläche von sage und schreibe 4500 Fussballfeldern. Ein Haupttreiber für die Ausdehnung der überbauten Fläche ist die Zuwanderung. Nur wenn wir auch hier Mass halten, können wir unseren Lebensraum erhalten.



Hannes Germann, Ständerat, Opfertshofen (SH)

Die aktuelle Masseneinwanderung von 80'000 Personen netto pro Jahr führt zu einem Bedarf von jährlich rund 35'000 Wohnungen, ebenso müssen die Infrastrukturen (Stras-

sen, Schienen, Schulhäuser, Energieversorgung, Wasser, Abwasser usw.) an diese Entwicklung angepasst werden. Drei Viertel unserer Fläche sind unproduktiv. Die explodierende Zunahme der Einwanderung geht somit insbesondere auf Kosten unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vielerorts gleicht das Mittelland mehr und mehr einem durchgehenden Siedlungsraum. Der natürliche Lebensraum ist eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität, aber auch für die Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln. Wir sollten auch unseren Kindern und Enkeln noch etwas von der Schönheit und Einzigartigkeit unseres Landes übrig lassen.

Kriminelle Ausländer endlich ausschaffen

Vor fast fünf Jahren – im November 2010 – sagten Volk und Stände Ja zur Ausschaffungsinitiative. Ausländer, welche wegen einer schweren Straftat verurteilt worden sind, sollen die Schweiz verlassen müssen. Trotz des klaren Entscheids wollen Bundesrat und Parlament die Initiative bis heute nicht umsetzen. Jetzt muss das Volk noch einmal an die Urne.

Seit Annahme der Ausschaffungsinitiative hält die Verfassung fest, dass ausländische Straftäter, welche wegen eines schweren Gewalt- oder Sexualdelikts, Drogenhandels, Einbruchs oder Sozialhilfe-Missbrauchs verurteilt wurden, nach Verbüßung ihrer Strafe die Schweiz verlassen müssen und eine Einreiseperrre erhalten. Das Mitte-Links-Parlament hat nun aber ein völlig wirkungsloses Ausführungsgesetz erlassen.

Sicherheit wird vernachlässigt Statt einer konsequenten Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wollen Bundesrat und Mitte-Links-Parteien eine sog. «Härtefallklausel». So finden die Richter immer eine Begründung, weshalb der Straftäter nicht gehen muss:

Rund die Hälfte aller Straftäter sind Ausländer!

Tötungsdelikte (StGB Art. 111–114):	57,7% Ausländer
Schwere Körperverletzung (StGB Art. 122):	50,0 % Ausländer
Einbruchdiebstahl (StGB Art. 139):	73,1% Ausländer
Vergewaltigung (StGB Art. 190):	61,4 % Ausländer
Menschenhandel (StGB Art. 182):	95,7% Ausländer
Freiheitsberaubung/Entführung (Art. 183):	52,6 % Ausländer

Quelle: BFS, polizeilich registrierte Beschuldigte 2014

Drogendealer X habe ein Kind in der Schweiz (auch wenn er sich noch nie um dieses gekümmert hat), Mörder Y sei schon ein paar Jahre in der Schweiz und deshalb integriert, er habe im Gefängnis grosse Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht usw.

Derzeit werden nur etwa 500 kriminelle Ausländer pro Jahr in ihre Heimat zurückgeschickt. Eine beängstigend kleine Zahl, wenn man sich die Statistik der Expertengruppe des Bundes vor Augen führt: Nach dem Deliktskatalog der Initiative müssten jedes Jahr rund 16'000 ausländische Straftäter unser Land verlassen. Rund die Hälfte – also ca. 8'000 Täter – sind illegal in der Schweiz. Diese Zahlen verdeutlichen das enorme Risiko, welches die bisherige Ausweisungspraxis für die öffentliche Sicherheit in unserem Land bedeutet.

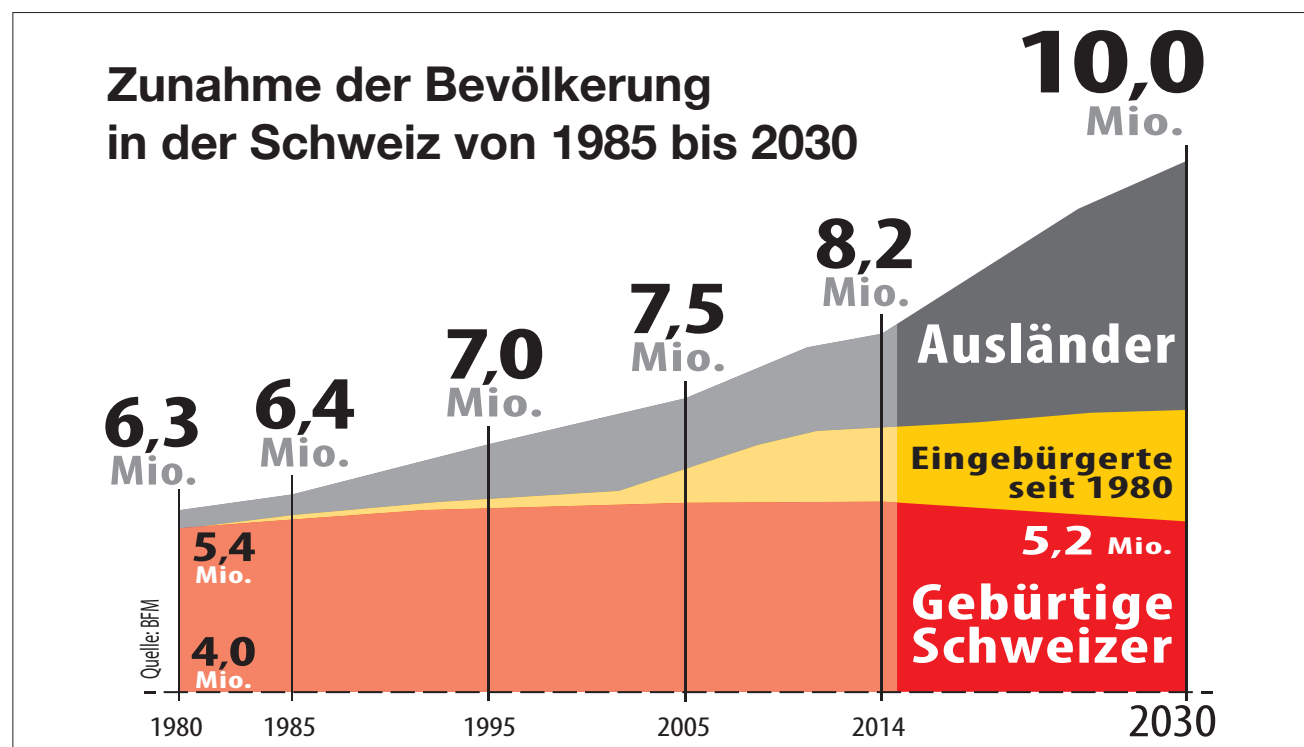
der erzwingen müssen. Die Initiative umfasst einen Deliktskatalog, der in der Bundesverfassung festgehalten und direkt anwendbar ist. So kann sich der Souverän endlich gegen die Behörden und Politiker durchsetzen, welche seit Jahren die Arbeit verweigern.



Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)

Durchsetzungs-Initiative

Im Jahr 2016 wird das Volk an der Urne mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffung krimineller Ausländer



Rund 750'000 Personen sind in den letzten zehn Jahren netto in die Schweiz eingewandert. Geht die Entwicklung so weiter, wird die Bevölkerung der Schweiz 2030 zur Hälfte aus Ausländern und Eingebürgerten bestehen.

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche im Interview mit dem Extrablatt zum Wohlstand, Wachstum und zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Begrenzung der Zuwanderung. Er will nicht mehr länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Braucht die Schweiz wirtschaftliches Wachstum?

Roger Köppel: Ja. Die Schweiz ist ein Land ohne Bodenschätze und Kolonien. Sie lebt ausschliesslich vom Fleiss, von der Tüchtigkeit und von der Innovationskraft der hier arbeitenden Menschen und Unternehmen im Rahmen einer möglichst freien Wirtschaftsordnung.

Hängt dieses Wachstum von der Zuwanderung ab?

Nein. Aber eine massvolle und nach den richtigen Kriterien gesteuerte Zuwanderung ist im wirtschaftlichen Interesse der Schweiz. Was wir jetzt haben, eine unkontrollierte Massenzuwanderung, schadet der Schweiz, auch der Wirtschaft.

Gehört zu einer liberalen Politik nicht auch die Personenfreizügigkeit?

Nein. Die Personenfreizügigkeit ist eine Fehlkonstruktion wie der Euro.

Welche Folgen erwarten Sie, wenn sich die Zuwanderung im Ausmass der letzten Jahre fortsetzt?

Mehr Kriminalität, mehr Arbeitslosigkeit,

mehr Verkehrsüberlastung, höher verschuldete Sozialwerke, mehr Überbauung, mehr Stress und Unzufriedenheit bei den Schweizerinnen und Schweizern, weniger Produktivität und weniger Wohlstand.

Weshalb tut sich die Politik so schwer, den Volksentscheid vom 9. Februar 2014 umzusetzen?

Die Politiker wollten diesen Entscheid von Anfang an nicht. Der Bundesrat und eine Mehrheit in Bern bekämpften ihn massiv. Jetzt setzen sie alles daran, damit er nicht umgesetzt wird – neuerdings machen auch die Wirtschaftsverbände mit im Kampf gegen die SVP. Dahinter stecken kurzfristige Machtinteressen und Eigennutz. Die Personenfreizügigkeit bringt billige Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Der Bundesrat steht wie das Parlament Mitte-Links. Man will näher an die EU ran, weil in der EU die Politiker das Sagen haben und nicht die Bürger. Die Politiker wollen sich aus der unbequemen direkten Demokratie befreien. Deshalb strebt der Bundesrat einen EU-«Rahmenvertrag»

an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterstellen würde.

Was tun wir, wenn die EU nicht über eine Anpassung der Personenfreizügigkeit verhandeln will?

Umsetzen! Der Zeitpunkt ist günstig. Die EU hat viele Probleme. Ich glaube nicht, dass die EU jetzt auch noch das letzte Land in Europa kaputt machen will, das seine Rechnungen gegenüber der EU pünktlich bezahlt – ohne, dass man ihm vorher einen Milliardenkredit geben muss.

Wohin bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren?

In Bern dominiert parteiübergreifend die Linke. Links heisst: Immer mehr Staat, immer mehr Steuern und Abgaben, immer mehr EU und immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, legal und illegal. Ich bleibe aber optimistisch. Ich glaube und hoffe, dass die Bürgerlichen in den nächsten Wahlen zulegen werden. Die SVP ist der Fels in der Brandung.

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Schreiben allein genügt nicht mehr. Ich kann nicht länger von aussen beobachten, wie in Bern das Erfolgsmodell Schweiz demontiert wird. Es ist Zeit, aktiv Partei zu nehmen – für die Schweiz.

Was, glauben Sie, können Sie in Bern bewegen?

Ich stehe zur Schweiz. Ich verteidige die

Schweiz als Journalist, auch gegenüber Angriffen aus dem Ausland, etwa im deutschen Fernsehen. Sollte ich gewählt werden – was noch ein weiter Weg ist, – werde ich meine Stärken dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an die EU verschenkt und kaputt gemacht wird. Ich möchte mich auch für eine verbesserte bürgerliche Zusammenarbeit einsetzen. Man muss die kleinkarierten Empfindlichkeiten zurückstellen. Es geht um die Schweiz.

Roger Köppel

- ▶ Nationalratskandidat Zürich
- ▶ Chefredaktor und Verleger der Weltwoche
- ▶ Medienunternehmer und Publizist
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1965, wohnhaft in Küsnacht (ZH)



Bilaterale: Ja, aber nicht um jeden Preis

Die Schweiz ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt. Ein enger Austausch mit dem Nachbar EU stellt dabei eine Selbstverständlichkeit dar. Die bilateralen Beziehungen müssen aber stets auf Augenhöhe und im gegenseitigen Interesse stattfinden. Und sie sind kein Selbstzweck, wie man das in der aktuellen Debatte bisweilen meinen könnte.



«Es wäre für die Schweiz geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge mit der EU Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.»

Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz ist mit der EU über nicht weniger als 283 bilaterale Verträge verbunden, welche verschiedenste Bereiche regeln, angefangen vom Freihandelsabkommen von 1972 bis zum Abkommen über den automatischen Informationsaustausch, das noch nicht einmal vom Parlament beraten wurde. Im Fokus stehen derzeit die sieben Verträge des Paketes Bilaterale I, welche 1999 abgeschlossen wurden. Volk und Stände haben im vergangenen Jahr beschlossen, dass aus diesem Paket das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr in der bisherigen Form weitergeführt werden soll, weil die Auswirkungen für die Schweiz mit zu grossen Nachteilen verbunden sind. Die Masseneinwanderung von jährlich rund 80'000 Personen belastet die Volkswirtschaft, Infrastrukturen, das Landschaftsbild und die Lebensqualität in zunehmendem Mass.

Keine Abschottung

Die anderen sechs Verträge des Paketes Bilaterale I betreffen den Landverkehr, den Luftverkehr, die technischen Handelshemmnisse, das öffentliche

Beschaffungswesen, die Landwirtschaft und die Forschung. Diese Verträge können aus Sicht der Schweiz weitergeführt werden, sie sind aber nicht alle gleich wichtig für die Schweiz. So ist das Landverkehrsabkommen vor allem für die EU von grosser Bedeutung. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen seinerzeit nicht dem Wunsch der Schweiz entsprach. Die Schweiz kann gut auf ein solches Abkommen verzichten, falls kein neues ausgehandelt werden kann, da sie die gewünschten Arbeitskräfte aus dem Ausland jederzeit rekrutieren kann, falls der inländische Arbeitsmarkt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht vollumfänglich befriedigt.

Auf die eigenen Stärken vertrauen

Da die Abkommen der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, stellt sich die Frage, was geschieht, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen dahinfallen würde. Betroffen wären dadurch in erster Linie nur die erwähnten sechs der insgesamt 283 Ab-

kommen. Ob die EU auf diese Abkommen verzichten möchte, ist zudem fraglich. Die Schweiz gehört auch für die EU zu den wichtigsten Handelspartnern. Sie exportiert mehr in die Schweiz, als unsere Wirtschaft in den EU-Raum. Die Unternehmen in der EU wollen den Absatzmarkt Schweiz unter keinen Umständen verlieren. Zudem ist der grenzüberschreitende Handel primär durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO und des Freihandelsabkommens abgesichert.

Beziehungen zur EU nicht überhöhen

Es wird also in jedem Fall einen pragmatischen Weg geben. Die EU ist ein wichtiger Handelspartner. Die Schweizer Wirtschaft muss sich aber global ausrichten und sollte sich nicht in einseitige Abhängigkeiten begeben. Das zeigt derzeit gerade die Euro-Krise. Zudem wäre es geradezu selbstzerstörerisch, für einzelne Verträge Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und den politischen Handlungsspielraum aufzugeben.

Frei bleiben – ohne EU

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung verschafften der Schweiz bis heute die notwendigen Standortvorteile; ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg und unseren Wohlstand. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, dürfen wir uns auf keinen Fall durch neue Verträge von der EU fremdbestimmen lassen.



Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf (BE)

«Als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz ideal positioniert.»

Im Vergleich zu den EU-Ländern geht es der Schweiz sehr gut. Den Erfolg der vergangenen Jahrzehnte verdanken wir dem Umstand, dass wir als weltoffenes Nicht-EU-Mitglied immer selber über uns bestimmen durften. Unsere gelebte direkte Demokratie, der Föderalismus und ein ausgeprägter Sinn für persönliche und unternehmerische Freiheit verleihen dem Standort Schweiz seine Einzigartigkeit.

Selbstbestimmung erhalten

Auf Druck von aussen, aber auch durch politische Opportunisten im eigenen Land wurden in den vergangenen Jahren Standortvorteile, welche die Schweiz für Arbeitsplätze, Investitionen und Innovationen attraktiv machten, abgebaut. Wichtige Qualitäten wie die Privatsphäre, ein flexibler Arbeitsmarkt und ein schlanker Staat werden von Mitte-Links in Frage gestellt und sogar leichtfertig aufgegeben: ein Weg in die falsche Richtung, weil dadurch die Wirtschaft und die Selbstbestimmung im eigenen Land geschwächt werden.

Eigene Rechte beschnitten

Die wohl verhängnisvollste Entwicklung ist die schleichende Aufgabe unserer rechtlichen und politischen Selbstbestimmung. Wir geben Kompetenzen an internationale Organisationen und Gerichte ab. Dynamische Verträge mit der EU, Konventionen und Richtlinien im Bereich des Europarats, der UNO oder der OECD schwächen unsere direkte Demokratie, also die Selbstbestimmung durch den Souverän, das Volk und die Stände. Die eigenständige Rechtsentwicklung der Schweiz wird immer mehr eingeeengt.

Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» gibt hier Gegensteuer. Sie sichert der Schweiz auch in Zukunft Entscheidungen durch das Volk und eine rechtliche Selbstbestimmung. Das ist unerlässlich für die Sicherung des Erfolgsmodells Schweiz.

Jetzt unterschreiben!

www.selbstbestimmungsinitiative.ch



«Denn hier bestimmen wir!»



Hansjörg Knecht

- Nationalrat und Ständeratskandidat Kanton AG
- Geschäftsführer und Mitinhaber der Knecht Mühle AG, Leibstadt
- Jahrgang 1960
- wohnhaft in Leibstadt
- verheiratet mit Rita



«In der direkten Schweizer Demokratie ist das Volk der Chef. Das hat sich bewährt. Volksvertreter sind keine Könige, sie sind «Knechte» des Volkes.»

Als Unternehmer weiss Hansjörg Knecht, dass es noch viel Spielraum gibt, den Arbeitsplatz zu entlasten und damit Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Die Knecht Mühle AG – ein unabhängiger Familienbetrieb – ist in der Schweiz eine bedeutende Weizen- und Spezialmühle mit eigener Getreidesammelstelle. Im 24-Stunden-Betrieb werden vollautomatisch erstklassige Mehle für das tägliche Brot von über 300'000 Menschen produziert.

EU-Politik des Bundesrates mit gezinkten Karten

Welchen Zielen die schweizerische Aussenpolitik zu dienen hat, ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und dessen Vertreter im National- und Ständerat haben die Aussenpolitik des Bundesrats zu kontrollieren.



Lukas Reimann, Nationalrat, Wil (SG)

Wie sieht heute die aussenpolitische Realität aus? Die Schweiz befindet sich in einer Phase schleichender Preisgabe von Souveränität, Volksrechten und Neutralität. Seit 1992 liegt in Brüssel ein Gesuch um Verhandlungen über einen Beitritt der Schweiz zur EU. Der Bundesrat hat den EU-Beitritt zum «strategischen Ziel» erklärt. Dieses Ziel der bundesrätlichen EU-Politik wird bewusst verschleiert. Bern ist sogar bereit, die «dynamische Rechtsentwicklung» der EU widerspruchslos zu übernehmen und sich von Brüssel freiwillig einen Kolonialvertrag zur Unter-

schrift diktieren zu lassen. Das sei zwingend und dringend nötig, um den erfolgreichen «bilateralen Weg» weiter beschreiten zu können, wird fabuliert.

Gesamtpaket mit Sprengstoff...

Die SVP unterstützt Verträge mit der EU nur, wenn diese die Interessen der Schweiz wahren und keine

«dynamische» oder «automatische» Übernahme künftigen Rechts beinhalten. Statt der Fixierung auf die EU wäre Weltoffenheit zur Teilnahme der Schweiz an den zukunfts-trächtigen Wachstumsmärkten ohnehin vielversprechender – und diese Märkte entwickeln sich heute hauptsächlich ausserhalb der EU. Ende Juni dieses Jahres verkündete

Aussenminister Didier Burkhalter, der Bundesrat habe nach einer europapolitischen Aussprache beschlossen, zur Umsetzung des Verfassungsauftrags vom 9. Februar 2014 zur Steuerung der Zuwanderung nur noch punktuelle Anpassungen an der EU-Personenfreizügigkeit anzustreben. Das soll in ein Gesamtpaket mitsamt einem insti-

tutionellen Rahmenabkommen mit der EU verpackt werden.

Taschenspielertricks statt Klarheit

Das sind Taschenspielertricks: Das Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Dass der Bundesrat erst nach den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober dieses Jahres die Karten aufdecken will, ist reine Geheimniskrämerei aus wahltaktischen Überlegungen. Die SVP fordert den Bundesrat auf, Stimmbürgerschaft und Parlament zeitgerecht und umfassend über seine aussenpolitischen Absichten zu informieren.

Eine institutionelle Einbindung in die EU liegt nicht im Interesse der Schweiz, sondern ist eine Forderung der EU, um ihre Interessen und ihren Machtanspruch in der Schweiz umfassend durchzusetzen. Ein solcher Vertrag macht unser Land zu einem Satellitenstaat und führt faktisch zum EU-Anschluss. Das wäre die Selbstaufgabe der Schweiz. Die SVP wird alles daransetzen, dass der Bundesrat die Schweiz nicht in die EU führt.



Die Taschenspielertricks des Bundesrates: Das geplante Rahmenabkommen sieht nämlich die «dynamische» Übernahme von EU-Recht und in Auslegungs- und Streitfragen die Unterwerfung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof (fremde Richter) vor.

Rahmenvertrag ist für die Wirtschaft brandgefährlich

Der vom Bundesrat geplante Rahmenvertrag mit der EU zur institutionellen Einbindung der Schweiz birgt enorme Risiken für unsere Wirtschaft. Mit einer dynamischen Übernahme von EU-Recht und der Akzeptanz des EU-Gerichtshofes als oberstes Gremium bei der Auslegung des Rechts wird die inzwischen sozialistisch geprägte Regulierungsflut aus Brüssel ungebrems auf die Schweiz überschwappt. Dies bringt ungeahnte Staatsinterventionen und wirtschaftsfeindliche Bürokratie, in erster Linie zu Lasten unserer Unternehmen.



Jean-François Rime, Nationalrat und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband, Bulle (FR)

Das neue Lebensmittelrecht zeigt, in welche Richtung sich diese dynamische Rechtsübernahme jetzt bewegt und noch in verstärktem Mass und auch in allen anderen wirtschaftspolitisch relevanten Bereichen entwickeln wird. Das neue Lebensmittelgesetz löst eine Regulierungswelle mit 29 Verordnungen aus. Mindestens 9 neue Verwaltungsstellen und zusätzliche Millioneninvestitionen im Bereich Informatik allein auf Stufe Bund sind die Konsequenz daraus. Jetzt können wir noch das Schlimmste verhindern und Korrekturen anbringen. Bei einer dynamischen Rechtsübernahme müsste die Schweiz aber zwingend das EU-Recht übernehmen. Die Wirtschaft wäre der Regulierungsflut aus Brüssel ungeschützt ausgeliefert.

Die Branchen werden bevormundet und gegängelt, der Bürokratieapparat weiter aufgebläht. Gleiches gilt allgemein unter den Schlagworten Konsumentenschutz, Umweltschutz oder Prävention. Das Gewerkschaftsrecht würde weiter ausgebaut. Solidarhaftungen, aussernde Arbeitszeiterfassungspflichten und Ferienregulierungen, neue

Quotenregelungen, Lohndiskriminierungspolizei, die Möglichkeit von Sammelklagen, Unisextarife oder ein ausgedehnter Elternurlaub werden bei einer Anpassung an die EU die Wirtschaft zusätzlich belasten, die Freiheit der Bürger beschneiden, die Steuern in die Höhe treiben und unseren flexiblen Arbeitsmarkt zerstören.



Ein Rahmenvertrag mit der EU würde den Gesetzes- und Regulierungswahnsinn weiter ankurbeln. Dies verursacht nebst hohen Kosten mehr Arbeitslose in der Schweiz.



Die EU entwickelt sich immer mehr zu einer Umverteilungsmaschine von reichen zu armen Ländern. Deshalb will die EU die wohlhabende Schweiz dabei haben!

Die SVP in Kürze

-  Wir zählen rund 90'000 Mitglieder.
-  Wir stehen für eine unabhängige, freiheitliche und neutrale Schweiz ein. Einen EU-Anschluss oder -Beitritt lehnen wir kategorisch ab.
-  Die SVP hat seit den letzten Nationalratswahlen 2011 in 19 von 24 Kantonen die Wahlen gewonnen. Das heisst, sie hat an Wählerstärke zugelegt und / oder zusätzliche Parlamentsmandate erzielen können.
-  Die SVP hat heute 54 Nationalratssitze und 5 Ständeratssitze und hofft, bei den Wahlen vom 18. Oktober 2015 diese Sitze mindestens halten zu können.

Mehr Infos unter: www.svp.ch

Die SVP-Parteileitung 2014/2015



TONI BRUNNER
Parteipräsident (SG)



ADRIAN AMSTUTZ
Fraktionspräsident (BE)



NADJA PIEREN
Vizepräsidentin (BE)



OSKAR FREYSINGER
Vizepräsident (VS)



LUZI STAMM
Vizepräsident (AG)



CHRISTOPH BLOCHER
Vizepräsident (ZH)



WALTER FREY
Vizepräsident (ZH)



JUDITH UEBERSAX
Vizepräsidentin (SZ)



CLAUDE-ALAIN VOIBLET
Vizepräsident (VD)

Tradition hat einen Namen: SVP.



FREI BLEIBEN!

**WAHL-
VERSPRECHEN**

Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben und die wir verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt.

Im Bundesbrief, am Beginn unserer Eidgenossenschaft, gelobten die Gründer unseres Landes ebenso, keine fremden Richter anzuerkennen.

Unsere Bundesverfassung nimmt in der Präambel auf, dass nur frei ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwachen misst. In dieser Tradition versprechen die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP gegenüber der Bevölkerung der Schweiz:

Wir wollen

-  **keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter**, damit wir selber unsere Geschicke bestimmen können;
-  **die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz**, damit wir weiterhin eine lebenswerte und intakte Heimat haben;
-  **kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen**, damit wir in Sicherheit leben können;
-  **tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen**, um Arbeitsplätze zu sichern.



Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat anlässlich des Wahlauftrages mit Wahlversprechen in St. Luzisteig (GR) am 22. August 2015.



www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5

**DESHALB AM 18. OKTOBER
SVP WÄHLEN.**

2 Fragen an unseren Bundesrat Ueli Maurer:



Wie schätzen Sie unser Verhältnis zur EU ein?

Es ist durch ein zentrales Missverständnis geprägt: Die EU versteht nicht, dass wir ein eigenständiges, unabhängiges Land bleiben wollen. Sie meint, wir wollen uns in die EU integrieren. Vielleicht machen wir ihr auch nicht immer genügend klar, dass das nicht unser Ziel ist. Sonst würde sie ja jetzt nicht fordern, dass wir uns ihrem Recht und ihren Richtern unterwerfen müssen. Damit würden wir unsere Unabhängigkeit aufgeben und wären faktisch ein Teil der EU.



Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)



Wo orten Sie in der Schweiz den grössten Handlungsbedarf, wenn es um die Sicherheit geht?

Er besteht an zwei Orten: Zum einen bei der inneren Sicherheit; die Kriminalität beeinträchtigt unsere Lebensqualität mittlerweile erheblich. Viele Leute sind verunsichert. Unsere Bürger haben Anspruch darauf, dass sie an Leib, Leben und Eigentum geschützt werden. Hier muss etwas geschehen, unter anderem sind kriminelle Ausländer endlich konsequent auszuschaffen, so wie es das Volk beschlossen hat.

Zum andern müssen wir unsere Armee wieder so ausrüsten, dass sie in ganz verschiedenen Bedrohungssituationen die Sicherheit aufrechterhalten kann. Vergessen wir nicht, dass die Unsicherheit weltweit zunimmt. Staatszerfall im Nahen Osten und der Aufstieg des Islamischen Staates, verschärfte Ost-West-Spannungen und Krieg in der Ukraine, zunehmende islamistische Terrorgefahr...

SVP bi dä Lüt

Von Chur bis Genf im Gespräch mit den Leuten auf der Strasse und an Messen.



BEA, Bern



St. Gallen



Freiburg



Bahnhof Zürich



Genf



Luga, Luzern



Kerns (OW)



Churer Fest (GR)

Von der Bauern- und Gewerbeartei zur heutigen SVP

Die Wurzeln der SVP liegen in der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB). In Zürich wurde 1917 die Bauernpartei gegründet, in Bern 1918 die Bauern- und Gewerbeartei. Sie schlossen sich 1921 zur BGB zusammen, die ab 1937 als Landespartei bestand. 1929 wurde mit Rudolf Minger, der ein grosser Freund von General Guisan war, erstmals ein Politiker unserer Partei in den Bundesrat gewählt. Wegen seiner volksverbundenen Art gilt Minger noch heute als einer der beliebtesten und bekanntesten Bundesräte der Schweizer Geschichte.

Während des Zweiten Weltkrieges schlug die Stunde von BGB-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen: Um in einer entbehrungsreichen Zeit die Versorgung unseres Landes mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, entwickelte er den berühmten «Plan Wahlen». In der folgenden «Anbauschlacht» wurden sogar in den Grünanlagen der Städte Kartoffeln, Zuckerrüben und Getreide angepflanzt. So konnte der Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Lebensmitteln von 52 Prozent (1939) auf 72 Prozent (1945) erhöht werden. Im

Jahr 1971 vereinigte sich die BGB mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden zur Schweizerischen Volkspartei (SVP).

1992 bekämpfte die SVP allein gegen die etablierten Kreise einen Beitritt der Schweiz in den EWR. Das Schweizer Stimmvolk folgte ihr und entschied sich für die Unabhängigkeit unseres Landes. Seither hat die Partei ihre Wählerbasis mehr als verdoppelt. Der Wähleranteil der SVP liegt heute national bei 26,6 %.



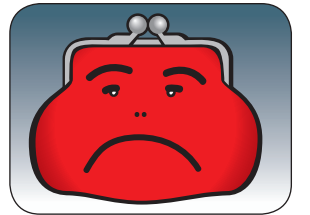
Rudolf Minger und Friedrich Traugott Wahlen – zwei herausragende Bundesräte der BGB/SVP. Adolf Ogi sicherte sich als Bundesrat von 1987 bis 2000 die Herzen der Schweizerinnen und Schweizer mit seinem berühmten Satz «Freude herrscht». Christoph Blocher und Ueli Maurer machten die SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Als Bundesräte von 2003 bis 2007 (Christoph Blocher) und seit 2009 (Ueli Maurer) sind und waren sie eine wichtige Stimme für Freiheit und Unabhängigkeit im Bundesrat.

Ohne uns ...

... wäre die Schweiz Mitglied der Europäischen Union (EU)



... wären die Steuern, Abgaben und Bussen noch höher



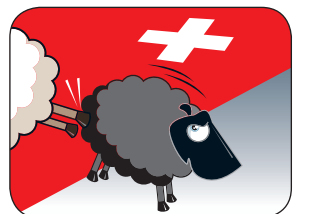
... gäbe es noch mehr Missbrauch bei der Sozialhilfe



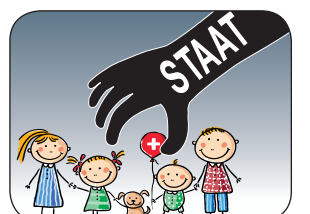
... würde die Masseneinwanderung unkontrolliert weitergehen



... würde die Ausschaffung krimineller Ausländer nicht einmal thematisiert



... mischte sich der Staat noch mehr ins Familienleben ein



... würden die Autofahrer noch mehr schikaniert



... stünden in der Schweiz immer mehr Minarette



NATIONAL- UND STÄNDERATSWAHLEN 2015

Unsere Schwerpunkte:

- ✦ Für die Selbstbestimmung der Schweiz – Nein zum schleichenden EU-Beitritt
- ✦ Für die Umsetzung einer griffigen Ausländer- und Asylpolitik
- ✦ Für tiefe Steuern, Stärkung des Arbeitsplatzes und Sicherung der Arbeitsplätze

Unser Maskottchen: Wachhund Willy
 Folge Willy im Internet: www.svp.ch/willy
 Folge Willy auf Facebook: www.facebook.com/wachhundwilly



Interview

Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin Ems-Chemie



Magdalena Martullo-Blocher am Scuntrada-Markt in Savognin mit Ochse «Elvis»



Magdalena Martullo-Blocher mit einem Ems-Lernenden in der Produktion (Juli 2015)



Magdalena Martullo-Blocher auf dem Werkplatz Domat/Ems

Was ist Ihre Motivation, in die Politik einzusteigen?

Im Rahmen meiner Führungstätigkeit beim grössten Bündner Unternehmen erlebe ich die nationalen politischen Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen auf Unternehmen und Bürger tagtäglich. Unsere aktuelle Bundespolitik leidet unter oberflächlichen Sachkenntnissen und leichtsinnigen Schnellschüssen. Überregulierung und ein ungebremster Staatsausbau belasten uns. Es

«Es gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet.»

gibt kaum einen Wirtschaftszweig, welcher nicht unter ausufernden Vorschriften und Bürokratie leidet. Typische Beispiele finden sich im Umwelt- und Sicherheitsbereich, aber auch bei der Steuerhoheit oder in den Sozialsystemen.

Warum kandidieren Sie im Kanton Graubünden?

Als grösste Bündner Unternehmerin bin ich mit dem Kanton und seiner politischen Situation seit über zehn Jahren geschäftlich und privat eng verbunden. So weiss ich aus eigener Erfahrung, wo der Schuh drückt. Für Graubünden als Randkanton ist es nicht einfach, in Bern Gehör zu finden. Das kann ich als Nationalrätin ändern.

Für was für eine Schweiz setzen Sie sich ein?

Ich setze mich für eine eigenständige und föderalistische Schweiz ein, mit einer leistungsfähigen Wirtschaft, einer produktiven Landwirtschaft und mit Politikern, welche den Mut haben, sich für die Stärken, die Eigenheiten und die Freiheit der Schweiz einzusetzen.

Wollen Sie nun auch in der Politik in die Fussstapfen Ihres Vaters treten?

Ich sehe mich nicht als seine politische Nachfolgerin. Mein Anliegen ist eine bessere Politik in Bern. Leider ist das trotz jahrzehntelangem, intensivem Engagement meines Vaters immer noch nötig. Gerade auch in Bezug auf die anstehenden Verhandlungen mit der EU, bei denen automatisch EU-Recht übernommen und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit vom Bundesrat angestrebt wird. Ein gut besetztes Parlament kann das verhindern.

Was sind die grössten Herausforderungen für Sie als Exportunternehmerin?

Neben der Gefahr der Übernahme von EU-Recht, sind es die Energiepolitik des Bundes und all die neuen Regulierungen, welche die Handlungsfreiheit von Unternehmen einschränken. Die Beibehaltung der attraktiven Steuerquote. Der Erhalt unseres erfolgreichen dualen Ausbildungssystems mit mehr Gewicht auf den mathematisch-naturwis-

senschaftlichen Fächern, wo die Schweiz auch am meisten Arbeitsplätze in der Exportindustrie hat.

Wie beurteilen Sie die bilateralen Beziehungen Schweiz-EU?

Die Schweiz und der Wirtschaftsstandort Schweiz fahren ohne EU-Anbindung viel besser, solange sie eigene gute Lösungen finden. Die automatische Übernahme von EU-Recht lässt hier keinen Spielraum. Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich. Das Volk hat die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, wir müssen sie umsetzen, ohne dass die Bilateralen gefährdet sind. Hier gibt es auch Lösungsansätze. Der Bundesrat und die Mehrheit der Parteien wollen sie einfach nicht aufnehmen.

Die Energiewende ist ein geflügelter Begriff – Ihre Einschätzung?

Ich glaube, der Bundesrat und viele Parlamentarier haben inzwischen realisiert, dass die Energiestrategie 2050, welche die Sonnen-/Windenergie so stark subventioniert, dass nicht einmal mehr die Wasserkraft konkurrenzfähig ist, in der Praxis nicht funktioniert. Sie haben aber nicht die Grösse, das zuzugeben und umzukehren. Inzwischen

«Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein.»

werden für immense Summen Fehlinvestitionen gemacht und die Stromversorgungssicherheit gefährdet. Wir werden diese Fehlstrategie noch lange spüren!

Sie sind 3-fache Mutter und Unternehmerin – wie bringen Sie das alles unter einen Hut?

Wie immer: Ich versuche mich möglichst gut zu organisieren. Gute Politik muss auch gar nicht so aufwendig sein. Eine gute Lösung hängt nicht von möglichst ausgefeilten und ausführlichen Paragraphen ab!

«Das politische EU-System ist nicht wirtschaftsfreundlich.»

Magdalena Martullo-Blocher

- ▶ Nationalratskandidatin Graubünden
- ▶ Unternehmerin
- ▶ Chefin Ems-Chemie, Vorstandsmitglied Verband Chemie/Pharma/Biotech
- ▶ verheiratet, 3 Kinder
- ▶ Jahrgang 1969, wohnhaft in Meilen und Lenzerheide



Autofahrer nicht kriminalisieren



Nationalrat Albert Rösti, Ständeratskandidat, Uetendorf (BE)

Eine junge Frau trinkt an einem Abend über den Durst und wird auf ihrem Motorradroller angehalten. Die Blutalkoholkonzentration liegt bei 1,6 Promille. Auch wenn die Frau noch nie mit dem Gesetz in Konflikt kam und, wie später Haar-

Bisher hat der Autofahrer gezahlt, neuerdings wird er sogar kriminalisiert. Ein eigentlicher Bussenterror und willkürliche Eingriffe ins Privatleben sind die Folgen des Via-sicura-Gesetzespakets. Es braucht Gegensteuer. Die Autofahrer sind über das Geld, das sie in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben abliefern, sonst schon wahre Milchkühe.

«Die Autofahrer sind wahre Milchkühe.»

analysen und Blutuntersuchungen zeigen, kein regelmässiger Alkoholkonsum im Spiel ist, ist sie damit für die Behörden als Alkoholikerin abgestempelt. Sie zahlt nicht nur – was selbstverständlich ist – eine Busse und muss den Ausweis für mehrere Monate abgeben, sondern sie erhält auch über Jahre Auflagen, wie sie sich im Alltag zu verhalten hat und wie viel Alkohol sie konsumieren darf. Zudem muss sie regelmässig Haarproben abgeben, um ihr Verhalten kontrollieren zu lassen. Eine Entmündigung sondergleichen.

Oder der junge Gewerbler, der im Stress bei der Ablieferung einer Offerte eine Geschwindigkeitsübertretung begeht, auf einer einsamen, völlig ungefährlichen Strecke. Der Führerausweis ist für Monate weg. Die Geldstrafe beläuft sich auf 20'000 Franken. Seine berufliche Existenz ist in Gefahr.

Polizei für Verkehrsbussen statt Sicherheit

Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert. Die Zahl der Verkehrstoten beträgt nur noch einen Drittel des Wertes vor 30 Jahren. In der gleichen Zeit haben sich die Verurteilungen nach

Strassenverkehrsgesetz verdreifacht. Die Ausweisentzüge haben sprunghaft zugenommen. Bei den Kantonen sind die Verkehrsbussen heute fix budgetierte Einnahmepos-

«Die Autofahrer werden heute in absurder Weise kriminalisiert.»

ten, welche durch die Polizei heringeholt werden müssen. Sie belaufen sich auf mittlerweile rund 700 Millionen Franken pro Jahr.

Mit Sicherheit hat dies nichts mehr zu tun. Vielmehr fehlen die Einsatzkräfte für andere Aufgaben.

Kampf der Willkür

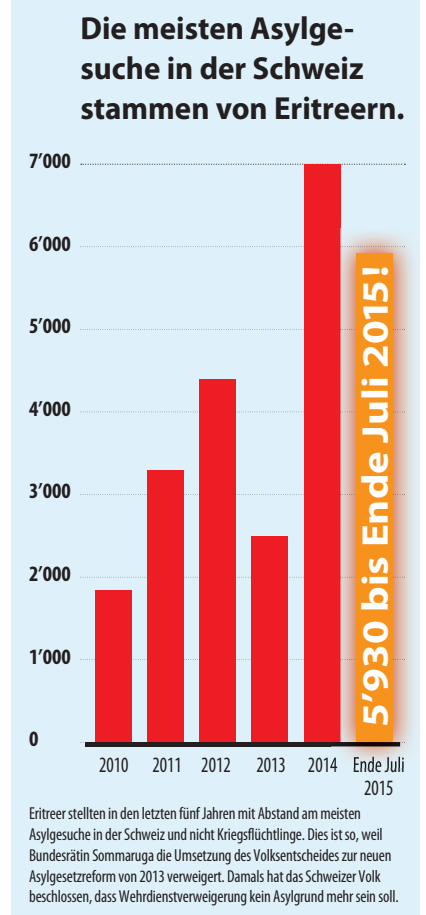
Es kann nicht sein, dass die Autofahrer willkürlich kriminalisiert werden, hohe Bussen erhalten und lange auf ihren Führerausweis verzichten müssen, während Einbrecher und Diebe mit bedingten Geldstrafen davonkommen. Weltfremde Politiker haben dieser Entwicklung mit dem übertriebenen Via-sicura-Gesetzespaket Vorschub geleistet. Die grotesken Auswüchse dieser verunglückten Gesetzgebung sind rasch zu korrigieren und rückgängig zu machen.

Asyl: Unverzüglich handeln!

Die Situation im Asylwesen spitzt sich zu. Immer mehr Illegale und Wirtschaftsmigranten gelangen durch Schlepper in die Schweiz, obwohl sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Die Kosten im Asylbereich explodieren. Die belastenden Folgen in verschiedensten Bereichen tragen die Kantone und Gemeinden. Die einheimische Bevölkerung ist zunehmend verunsichert. Die SVP verlangt vom Departement Sommaruga endlich ein entschiedenes Handeln und die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.



Für das Jahr 2015 rechnet der Bund mit gegen 30'000 Asylgesuchen. 60% dieser Personen dürfen langfristig in der Schweiz bleiben, obwohl die wenigsten verfolgt werden oder an Leib und Leben bedroht sind.



Heinz Brand,
Nationalrat,
Klostern (GR)

Die Schweiz hat eine lange Tradition der Aufnahme von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Diese Asyltradition wird jedoch untergraben, wenn jeder, der in die Schweiz kommt, auch hier bleiben darf, egal ob er Anspruch auf Asyl hat oder einfach ein besseres Leben sucht. Genau das geschieht seit einiger Zeit und führt je länger, je mehr zu Un-

mut, Unfrieden und Spannungen im Land. Über die offenen Grenzen gelangen zunehmend Personen in die Schweiz, welche in erster Linie von den hohen Sozialleistungen, der guten Sicherheitslage und der ausgezeichneten medizinischen Versorgung profitieren möchten.

Immer mehr Missbräuche

Die Sogwirkung dieser verfehlten Politik ist enorm. Die Folgen sind zunehmend untragbar:

- $\frac{2}{3}$ aller Asylsuchenden werden als Flüchtlinge anerkannt oder werden vorläufig aufgenommen (2013 war es noch nicht einmal $\frac{1}{3}$).

Dies, obwohl sich die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern kaum verändert hat.

- Die meisten Asylsuchenden stammen aktuell aus Eritrea. Sie kommen also nicht aus Krisen- oder Kriegsgebieten wie beispielsweise Syrien, wie häufig behauptet.

- Die Schweiz hat in den letzten 30 Jahren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Gesuche verzeichnet und war damit wesentlich stärker belastet mit

« 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie »

Asylsuchenden als die meisten europäischen Staaten.

- Die Kosten der Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie sind inzwischen auf rund 6 Milliarden Franken angewachsen. Allein die Kosten für den Asylbereich auf allen Stufen wird auf mindestens 3 Milliarden Franken geschätzt.

- Davon sind je länger, je mehr auch die Gemeinden betroffen, welche bereits nach wenigen Jahren die vollen Kosten – insbesondere der Sozialhilfe – zu tragen haben.

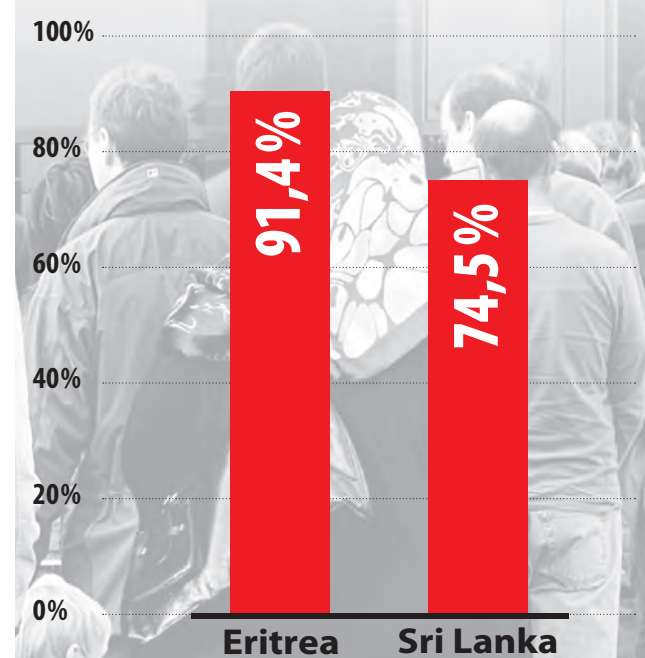
- Es gibt viel zu viele Missbräuche: Während Personen im Asylbereich rund 0,6% der Bevölkerung

ausmachen, wurden im letzten Jahr 4 Prozent aller Verstösse gegen das Strafbuch von ihnen verübt.

« In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik. »

In Bundesbern kämpft ausschliesslich und nachweislich die SVP für eine konsequente Asylpolitik und gegen die zunehmenden Missbräuche. Mehr SVP im Parlament bedeutet deshalb auch weniger Missbräuche und damit weniger Kosten.

Sozialhilfequote (erwerbsfähige Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene 2012):



Im Vergleich dazu lag die Sozialhilfequote bei Schweizer Bürgern im Jahr 2013 bei 2,2%.

Quelle: Antwort Bundesrat auf Vorstoss der SVP

Kommentar

Seit 25 Jahren kämpft die SVP für eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik. Ihre Forderungen sind berechtigt und klar.

Im Asylbereich braucht es dringend ein Moratorium für mindestens ein Jahr. Das heisst: keine neuen Asylanerkennungen und keine neuen vorläufigen Aufnahmen. Um dies zu erreichen, sind die Grenzen wieder eigenständig zu kontrollieren und illegale Einwanderer konsequent abzuhalten. Grundsätzlich muss die geltende Bestimmung endlich angewandt werden: Wer aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreist, hat kein Anspruch auf ein Asylverfahren in der Schweiz. Im Gegenzug ist ein Ausbau der Hilfe vor Ort angezeigt. Die Mittel dazu sind im Budget von rund 3 Milliarden Franken pro Jahr für die Entwicklungshilfe vorhanden.

Zuwanderung begrenzen

Die Zuwanderung ist unverzüglich gemäss der von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» zu steuern und dadurch markant zu senken. Die Instrumente dazu, Kontingentierung und ein Inländervorrang, sind im neuen Verfassungsartikel festgeschrieben. Ebenso sind die Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Familiennachzug zu beschränken. Die Vorgaben des Stimmbürgers an den Bundesrat sind klar – nun muss er diese endlich umsetzen.

Yvette Estermann,
Nationalrätin und
Ständeratskandidatin,
Kriens (LU)





Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren. Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da.

Fragen per Mail: wahlen@svp.ch

Frei bleiben - SVP wählen!
www.svp.ch



SVP ist die einzige Partei...

... die garantiert, dass

- die Zuwanderung begrenzt wird
- die Missbräuche im Asylwesen beseitigt werden
- kriminelle Ausländer ausgeschafft werden
- ein Anschluss an die EU verhindert wird

Darum am 18. Oktober

SVP wählen.

www.svp.ch

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern, PC: 30-8828-5



Wettbewerb

Welcome to SVP: Was machen die denn da?



- ☐ G Ist am Kuchenbacken
- ☐ W Verteidigt das Bankkündengeheimnis



- ☐ A Hat seine Traumfrau gefunden und ist hin und weg
- ☐ E Nimmt nach einem guten Kirsch auch noch K.o.-Tropfen



- ☐ L Teilt Picknick mit seiner Einger Kampfkuh
- ☐ S Hat keine Freunde



- ☐ O Entspannt sich nach der Arbeit
- ☐ C Sieht sich eine Sendung mit Roger de Weck im SRF an



- ☐ OM Liest wie immer die WQZ auf dem Klo
- ☐ IE Hat den Verlag gewechselt



- ☐ ET Hört sich neuen Song Welcome to SVP an
- ☐ UN Sammelt alte Radios



- ☐ O Wäscht Geld in der Waschmaschine
- ☐ D Ist neu Hausmann



- ☐ L Macht Werbung für Zahnpasta
- ☐ S Staubt als Medizinhistoriker seine Knochengerüste ab



- ☐ V Springt als alter Fallschirmgrenadier in den Pool
- ☐ I Macht beim Topmodel-Wettbewerb mit



- ☐ P Führt mit Gripen-Kampfflieger Velo
- ☐ V Frönt seinem Hobby Modellfliegerbasteln

Die richtige Antwort lautet: _____ Kreuzen Sie die korrekten Antworten an, reihen Sie die Buchstaben aneinander und schicken Sie die Lösung ein.

1. Preis: Eine Übernachtung inkl. Nachtessen, für 2 Personen im Haus der Freiheit von Toni Brunner
2. Preis: Ein SVP-Wachhund Willy «Special Edition» mit Nummer
3. Preis: Ein Mittagessen mit Toni Brunner für 2 Personen im Haus der Freiheit, www.hausderfreiheit.ch
4. bis 10. Preis: Eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP

www.welcometosvp.ch

Jetzt den Song

Welcome to SVP kaufen!

Sende eine SMS mit dem Text "SVP 2015" an die Nummer 900.

CHF 1.50 wird dir direkt von deiner Handyrechnung abgebucht und der Song automatisch per SMS verschickt.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und souveräne Schweiz ein.

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- ☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5**.
- ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich unterstütze die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative). Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.
- ☐ **Wettbewerb:** Ich möchte nur am Wettbewerb teilnehmen.
- ☐ Bitte senden Sie mir eine CD/DVD mit dem Song Welcome to SVP für Fr. 5.– zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum/Unterschrift _____



www.svp.ch



EXTRA BLATT

Schweizerische Volkspartei Freiburg

• www.svp-fr.ch • September 2015



POLITIK IN FREIBURG

S. 12



EXTRA BLATT FREIBURG

NATIONALRATSKANDIDATEN

S. 13-18



Die SVP des Kantons Freiburg ist bei den Leuten

Die SVP hat innerhalb zweier Jahre markant in das politische Leben des Kantons eingegriffen. Zwei Volksinitiativen wurden lanciert, mit voller Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Und mit Erfolg!

2013 fand die Initiative „Spitäler nahe bei den Bewohnern“ massive Unterstützung im Volk: 13'000 Unterschriften kamen zusammen, (notwendig sind 6'000!). Dieser Erfolg erlaubte der SVP, Druck im Grossrat auszuüben, die Schwächen der Gesetzgebung aufzuzeigen und den Staatsrat zu zwingen, ein Gegenprojekt auszuarbeiten, welches insgesamt die Vorgaben der SVP Initiative übernahm. Damit wurde die Unterstützung durch das Volk belohnt und in eine messbare Verbesserung umgesetzt. Eine Vernachlässigung der Bedürfnisse der Bevölkerung in den Distrikten kam und kommt für die SVP nicht in Frage.

Diese Initiative ist jenen zu verdanken, welche unterschrieben haben. Die SVP ist beim Volk, auf den Märkten und in den Strassen. Wir hören zu. Mir sind bi de Lüüt.

Der Erfolg der Initiative war so hoch, das der Grossrat und der Staatsrat die vorgeschlagenen Änderungen durchsetzten, ohne dass es zu einer Abstimmung kam.

Drei Grossräte werden in den Verwaltungsrat der HFR ernannt, (vorher Null).

Budget, Jahresrechnung und Jahresbericht unterliegen neu der Zustimmung des Grossrates (vorher wurde nur informiert).

Der Grossrat wird einbezogen in die langfristige Planung des kantonalen Spitalwesens (vorher war das nicht der Fall).

Mit dieser Initiative hat die SVP eindeutig ihre Schlagkraft und Fähigkeit gezeigt, den Bürgerinnen und

Bürgern zuzuhören und deren Anliegen durchzusetzen.

Nein zur Ausbildung von Imamen an der Universität Freiburg.

Im Grossrat hat die kantonale SVP mehrfach das Thema „Ausbildung von Imamen an der Universität Freiburg“ zur Sprache gebracht. Die vagen und ungenauen Antworten des Staatsrates haben die SVP bewegt, mit Unterstützung der CVP und der FDP ein Vorstoss zu deponieren, welches die Absage an ein „Zentrum Islam und Gesellschaft“ verlangte. Mit 52 Ja, 38 Nein und 2 Enthaltungen wurde die notwendige qualifizierte Mehrheit von 56 Stimmen nicht erreicht. Damit wurde für die SVP klar, dass eine starke politische Strömung gegen ein Islamzentrum an der Universität Freiburg ist.

Die Führung der SVP forderte den Staatsrat auf, die Konsequenzen zu ziehen und auf die Gründung eines Islamzentrums zu verzichten. Diese Forderung wurde missachtet, das Zentrum in der Zwischenzeit gegründet. Die Zeit zum Handeln war gekommen.

Gestärkt von breiter Zustimmung im Volke, lancierte die kantonale SVP am 25. April 2015 eine Volksinitiative gegen das „Zentrum für Islam und Gesellschaft“ an der Universität Freiburg. Ein weiteres Mal ging die SVP auf die Strasse und Plätze des Kantons, hörte der Bevölkerung zu und begann die Sammlung von Unterschriften.

Wir alle wissen, dass der Kanton Freiburg massive und grundlegende Finanzierungsprobleme hat. Tiefgrei-

fende und schmerzhaft Sparmassnahmen sind unumgänglich. In dieser Lage, weitere Gelder für die Ausbildung oder Weiterbildung von Imamen an der Universität zu sprechen, ist grob missbräuchlich. Umso mehr als die Universität Freiburg im Kern christlich ist und es auch bleiben soll. Das gilt auch für den Kanton, und dass ist die klare Ansicht der vielen Tausend Bürgerinnen und Bürger, welche unsere Initiative unterschrieben haben.

Die Mitglieder und Freunde der SVP sind tatenfreudig auf die Strassen gegangen, haben der Bevölkerung zugehört und dabei Erfahrungen und viele Unterschriften gesammelt.

Die SVP ist sich sicher und einig: Der Schlüssel zum Erfolg ist die Arbeit bei den Leuten.



Die Unterstützung für unsere Initiative gegen ein Zentrum «Islam und Gesellschaft» war massiv. Es wurden 9'133 Unterschriften eingereicht.

Grossratsfraktion auf Kurs!

Die ersten drei Grossräte als Vertreter des Bauernstandes waren bereits im Jahre 1921 ins Rathaus gewählt worden. Ab dem Jahre 1996 nahm die Fraktion der SVP im Grossen Rat an Bedeutung zu; nämlich von 6,15% (8 von 130) auf 19.1% (21 von 110).

Dieser historische Zuwachs geht einher mit der Tatsache, dass im Jahre 2011 CVP und FDP erstmals ihre absolute Mehrheit im Parlament verloren haben. Seither ist mit der SVP-Fraktion zu rechnen, wenn es um die Bildung von Mitte-Rechts-Mehrheiten geht. Dies war ebenfalls der Fall bei der Ersatzwahl in den Staatsrat im Jahre 2013, bei welchem das historische Mitte-Rechts Bündnis es schaffte, die Mehrheit in der Regierung beizubehalten.

Und eben mit dieser Zielsetzung arbeitet die Fraktion unserer Grossräte im Kantonsparlament. Es sind die für die Fraktion bevorzugten Themen, welche unsere Partei einst: eine starke Unterstützung der Landwirtschaft (beispielsweise mittels Einreichen einer Motion für den Bau eines neuen Ausbildungsbetriebes in Grangeneuve), grössere Sicherheit (Motion für die Erhöhung des kantonalen Polizeibestandes) sowie eine moderatere Besteuerung mit gesunden Finanzen bei der Unterstützung des kantonalen Sparprogrammes.

Die SVP-Fraktion war ebenfalls themenbestimmend in wichtigen Dossiers der laufenden Legislaturperiode: Bildung einer parlamentarischen Untersuchungskommission PUK zu den Kostenüberschreitungen beim Bau der Poyabrücke (eingereicht durch die SVP); diverse Interventionen zur Spitalreform (darunter die Volksinitiative „für bürgernahe Spitäler“), verschiedene Interventionen gegen die Eröffnung des Zentrums Islam und Gesellschaft an der Universität Freiburg und schliesslich im Rahmen der Revision des Schulgesetzes, bei welcher sich die SVP insbesondere für die ländlichen Anliegen einsetzte. Zudem besetzen Vertreter/-innen unserer Fraktion wichtige Funktionen in verschiedenen Kommissionen und Präsidien sowie insbesondere das Grossratspräsidium im Jahre 2014 durch unsere Grossratskollegin Frau Katharina Thalmann-Bolz.

Sie können feststellen, dass sich unsere Grossratsfraktion stark einsetzt und sich auch in Zukunft für eine verantwortungsvolle und klar bürgerliche Politik in Freiburg engagieren wird.



Gemeindeversammlungen gehören der Vergangenheit an.



André Kolly

- Funktion : Gemeinderat, Vize-Präsident SVP Sense
- Wohnort : Giffers
- Jahrgang : 1977
- Zivilstand : Ledig

In der vom Föderalismus und der direkten Demokratie geprägten Schweiz kommen den Gemeinden als kleinste politische Einheit eine zentrale, staatstragende und somit eine bedeutende Rolle zu. Bürgerinnen und Bürger entscheiden vielerorts an einer Gemeindeversammlung direkt über die Gemeindegeschäfte mit. Immer mehr werden viele Gemeinden wegen ihrer Grösse zu Fusionen und Zusammenschlüssen gezwungen. Fusionen sind im Trend und werden oftmals als Allzweckheilmittel für die Probleme kleiner Gemeinden gepriesen. Nicht alle Gemeinden können die ständig verschärften kantonalen Vorschriften, wie zum Beispiel in der

Raumplanung oder im Schulwesen den geforderten Vorgaben entsprechend umsetzen. Verfahren werden aufwändiger gestaltet und können damit zu mehr Rechtsstreitigkeiten führen. Dies sind Gründe, welche den schon engen Handlungsspielraum der Gemeinden einschränken und somit den Druck in Form der Selbstaufgabe auf die Gemeinden erhöht. Mit dem Argument der Professionalisierung durch eine Fusion von Gemeindeämtern und der damit verbundenen Stärkung einer Verwaltung, sollen diese Defizite aus dem Weg geräumt werden. Von Einwohnern gewählte Entscheidungsträger werden durch Personal in einem Angestelltenver-

hältnis ersetzt. Gemeindeversammlungen gehören der Vergangenheit an. Wo bislang ehrenamtlich mit Herz, Kompetenz und Verantwortung gearbeitet wurde, regiert in Zukunft der mit hohen Kosten verbundene Verwaltungspersonalismus in Reinkultur. Sich als Bürger hier noch zu engagieren, wird unattraktiv und schwächt wohl oder übel die direkte Demokratie immer etwas mehr ein. Ich bin kein genereller Gegner von Fusionen und Gemeindegemeinschaften. Aber nur an Orten, wo es Sinn macht und für alle Beteiligten von Nutzen ist. Seien wir also wachsam und kritisch, wenn der Verwaltungspersonalismus an der Gemeindeautonomie rüttelt.



Nationalratskandidaten

«Für eine starke Wirtschaft, auch in schwierigen Zeiten.»



Jean-François Rime

- ✚ Beruf : Unternehmer
- ✚ Funktion : Nationalrat, Präsident des SGV
- ✚ Wohnort : Bulle
- ✚ Jahrgang : 1950
- ✚ Zivilstand : Verheiratet, 3 Kinder

Jean-François Rime ist heimatberechtigt in Charmey und Unternehmer in der Holzindustrie: Er leitet das Sägereiwerk Despond AG in Bulle.

Er ist Mitglied der Westschweizer Vereinigung gegen Drogen, der Handels- und Industriekammer Freiburg, der Vereinigung der privaten Aktiengesellschaften, des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik und des Vorstands des Verbands Holzindustrie Schweiz. Seit dem 23. Mai 2012 ist er Vorstandspräsident des Schweizerischen Gewerbeverbands.

Nach Besprechung mit meiner Kantonalpartei, habe ich mich entschieden, für eine vierte Amtszeit im Nationalrat zu kandidieren.

Wegen der schwierigen Wirtschaftslage in der europäischen Union und seit der Aufgabe des Mindestkurses gegenüber dem Euro, ist die Wirtschaftssituation in der Schweiz angespannt, wenn nicht schwierig in mehreren Branchen.

Als Nationalrat seit zwölf Jahren und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands seit drei Jahren, möchte

ich meine Erfahrung als Unternehmer meiner Partei, meinem Kanton und meinem Land für eine zusätzliche Legislatur zur Verfügung stellen.

Ohne eine gesunde Wirtschaft werden wir weder unsere Sozialwerke, noch unsere Altersrenten finanzieren können. Die Finanzierung unserer Strassen- und Bahninfrastrukturen verlangen ebenfalls sehr hohe Mittel.

Ich werde mich auch dafür engagieren, dass wir eine zuverlässige und zahlbare Stromversorgung haben.

Freiburg ist ein wunderschöner Kanton mit einem grossen Wirtschaftspotential. Ich wäre sehr froh, wenn ich ihn mit meiner Erfahrung für weitere vier Jahre im Nationalrat vertreten dürfte.

Besten Dank für Ihre Unterstützung.



«Damit die KMUs die Grundlage der Schweizer Wirtschaft bleiben»

Die KMUs sind die Grundlage für einen gesunden Arbeitsmarkt, sie schaffen Arbeitsplätze und erhalten Werte. Wir müssen sie von administrativen Schikanen und zusätzlichen Steuern entlasten.

Der dringend notwendige Ausbau des Strassen- und Eisenbahnnetzes soll vom Verkehrsteilnehmer finanziert werden, so wie es die Milchkuhinitiative vorgibt. Neue Projekte müssen unterstützt werden und die vom Automobilisten bezahlten Abgaben und Steuern sollen vermehrt in den Strassenbau investiert werden.

Unser Land muss so weit als möglich autonom bleiben, nicht zuletzt durch eine gesunde Landwirtschaft, die dank ausgeglichenen, gerechten Preisen eine weitgehende Selbstversorgung garantieren kann.

Schweizer Recht steht über fremdem Recht, so wie es unsere Initiative verlangt. Das Volk soll das letzte Wort haben, denn dies ist die Grundlage unserer Demokratie.

Wir müssen die Einwanderung wieder kontrollieren, so wie das Volk dies am 9. Februar 2014 beschlossen hat. Mit der Wiedereinführung der Quotenpolitik kann auch der Wirtschaft, die ausländische Arbeitnehmer braucht, Rechnung getragen werden.

Die Justiz muss strenger umgehen mit Wiederholungstätern, die aktuelle Handhabung des Gesetzes ist nicht abschreckend genug. Kriminelle Ausländer müssen endlich ausgewiesen werden.

Die « Via Sicura » geht zu weit, sie bestraft Verkehrsteilnehmer härter als Kri-

minelle, Familien werden in die Verschuldung und Armut getrieben durch zu hohe Bussen.

Wir müssen handwerkliche Berufe wieder mehr wertschätzen, anstatt Handwerker im Ausland zu suchen. Nicht alle unsere jungen Leute wollen oder können eine Hochschule besuchen.

Der Mittelstand wird immer mehr vom Staat zur Kasse gebeten, deshalb werde ich alle zusätzlichen Abgaben und Steuern bekämpfen.

Die Familie soll weiterhin ihren angestammten Platz in der Gesellschaft einnehmen und als zentrales Erziehungsmodell ihre Rolle spielen. Sie sollte vom Staat unterstützt und finanziell entlastet werden.



Jean-Daniel Chardonnens

- ✚ Beruf : Unternehmensleiter
- ✚ Funktion : Präsident SVP Broye, Ehem. Vize-Ammann
- ✚ Wohnort : Fétigny
- ✚ Jahrgang : 1965
- ✚ Zivilstand : Verheiratet, 2 Kinder

Geboren am 1. Oktober 1965 in Billens. Jean-Daniel Chardonnens hat eine Lehre als Carrosseriespengler absolviert, bevor er als LKW-Chauffeur und Verantwortlicher für Verkehrssicherheit in das Familienunternehmen eintrat.

Seit 12 Jahren leitet er die allgemeine Verwaltung der Chardonnens & Fils AG, die gegen 100 Mitarbeitende zählt, 35 davon sind im Bereich Reisen und Schultransporte tätig. Er übernahm zudem die Leitung des Reiseunternehmens Jean-Louis, das mit den Übernahmen von Novabus im nördlichen Kantonsgebiet der Waadt und des Reiseunternehmens Robert Fischer stark gewachsen ist. Weiter war er von 2001 bis 2011 Vizegemeindepräsident der Gemeinde Fétigny.



«Unsere Werte verteidigen, um frei und unabhängig zu bleiben!»



Roland Mesot

- ✚ Beruf : Unternehmensleiter
- ✚ Funktion : Grossrat, Generalrat, Präsident SVP FR
- ✚ Wohnort : Châtel-St Denis
- ✚ Jahrgang : 1962
- ✚ Zivilstand : Verheiratet, 2 Kinder

Geboren in Châtel-St-Denis. Roland Mesot gründete 1998 ein Sicherheits- und Überwachungsunternehmen. Seit 2010 leitet er das Unternehmen Errem Alarms, das im Bereich Sicherheitssysteme tätig ist.

Er ist seit 2006 Generalrat von Châtel-St-Denis (2009 Präsident) und seit 2012 Grossrat. Er ist Präsident der SVP des Kantons Freiburg und ehemaliger Präsident der SVP Vivisbach. Er hat zudem Einsitz in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Grossrats.

Roland Mesot ist sehr aktiv bei der Feuerwehr, er war Kommandant des Gemeindekorps von Semsales, dann Offizier im Centre de Renfort von Châtel-St-Denis. Er ist zudem ehemaliger Schweizer Feuerwehrinstructor und Ehrenmitglied des Freiburgerischen Feuerwehrverbands.

- Widerstand gegen die schleichende Einbindung in die EU, bleiben wir frei und unabhängig
- Wiederherstellung der Grenzachen, Kriminaltourismus bekämpfen
- Schwerstrafäter gehören zurück in ihr Heimatland
- Förderung der lokalen Landwirtschaft und Aufbau hoher Versorgungssicherheit

„Verteidigen wir unsere Werte, damit wir frei und unabhängig bleiben“; Das sind die Kernworte, die ich in diese Wahlkampagne mitnehme. Darin liegt der Antrieb und die Herausforderung, mich als Kandidat bei den eidgenössischen Wahlen zur Verfügung zu stellen.

Unsere Werte zu verteidigen: Das heisst Widerstand gegen Fremdeinmischung in unsere Kultur, unsere Lebensart und unsere Traditionen.

Frei bleiben: das bedeutet das wir alleine, als Volk und Nation, über unsere Geschicke bestimmen. Diese Freiheit ist heute in Bedrängnis durch fremde Richter. Frei bleiben, heisst in demokratischer Art über uns selbst zu bestimmen. Zum Beispiel mit der Ausschaffung fremder Krimineller.

Unabhängig bleiben, schlussendlich, definiert sich vor allem in der harten Opposition gegen einen Beitritt zur

EU oder, was wir heute sehen, einem schleichenden Beitritt in kleinsten, diskreten Schritten.

Und dafür setze ich mich ein: Eine produktive Landwirtschaft. Für die Unternehmen und für die Wirtschaft eine hohe Stabilität, damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Dass unser duales Bildungssystem erhalten bleibt. Dass die Sicherheit im Lande erhalten bleibt.



«Für die Schweiz. Für Freiburg.»

Steuerwesen, Landwirtschaft und Bildung: die Herausforderungen der Zukunft

- Ein Steuerwesen im Dienst unserer Unternehmen = Arbeitsplätze in der Schweiz
- Eine Landwirtschaft ohne übertriebenen administrativen Aufwand = Qualitätsprodukte
- Eine Lehre in einem Betrieb = eine Zukunft für unsere Jugend und für unsere Wirtschaft

Als Meisterlandwirt, dem die Qualität seiner Produkte ein Anliegen ist und als verantwortlicher Unternehmensleiter, liegen mir drei Themen ganz besonders am Herzen: das Steuerwesen, die Landwirtschaft und die Bildung.

Ich möchte dafür kämpfen, dass sich unser Steuerwesen wirklich an den Bedürfnissen unserer Unternehmen aus-

richtet, und nicht umgekehrt. Vernünftige Steuern verhindern Standortverlagerungen und sichern Arbeitsplätze in unserem Land.

Die Schweizer Landwirtschaft ist sich ihrer Aufgabe bewusst, qualitativ hochstehende Produkte für den Konsum anzubieten. Um das zu erreichen, müssen unsere Bauern von der aus-

ufernden Verwaltung befreit werden, die sie erstickt und langsam aber sicher zu Landschaftsgärtnern macht.

Und schliesslich ist die Lehre im Betrieb eine doppelt interessante Lösung: kurzfristig für unsere arbeitssuchende Jugend, und mittelfristig für das Weiterbestehen und Überleben unserer Wirtschaft.



Pierre-André Page

- ✚ Beruf : Meisterlandwirt
- ✚ Funktion : Grossrat, Ehem. Grossratspräsident, Ehem. Ammann
- ✚ Wohnort : Châtonnaye
- ✚ Jahrgang : 1960
- ✚ Zivilstand : Verheiratet, 2 Kinder

Pierre-André Page ist heimatberechtigt in Châtonnaye. Er absolvierte seine landwirtschaftliche Lehre in Gempfen (SO). Anschliessend bildete er sich am landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve weiter und erwarb dort sein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis. 1986 erwarb er den Abschluss als landwirtschaftlicher Betriebsleiter. Er bewirtschaftet heute einen Hof von 62 Hektaren in Châtonnaye.

Pierre-André Page war von 1991 bis 1996 Gemeinderat, von 1996 bis 2001 Vizegemeindepräsident und von 2001 bis 2006 Gemeindepräsident von Châtonnaye. Er ist seit 1996 Grossrat, 2009 amtierte er als dessen Präsident. Von 2001 bis 2006 und von 2010 bis 2011 präsidierte er die SVP-Fraktion. Er ist sehr aktiv im Vereinsbereich, u.a. präsidierte er 2001 und 2016 die Organisationskomitees für die Musik-Girons im Glâne-Bezirk und 2011 jenes für das Feldschieszen. Weiter ist er Präsident der Landi Romont und Umgebung und der Weiterbildungskommission des landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve. Zudem hat er auch Einsitz im Verwaltungsrat der KGV.

«BODENSTÄNDIG IN BERN»



Ruedi Schläfli

- Beruf : Landwirt
- Funktion : Grossrat, Vize-Präsident SVP FR
- Wohnort : Posieux
- Jahrgang : 1974
- Zivilstand : Verheiratet, 2 Kinder

Geboren in Freiburg. Ruedi Schläfli erlangte 1994 ein EFZ als Landwirt am landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve. Er bewirtschaftet gemeinsam mit seinem Vater und seinem Bruder einen Hof in Posieux, gleichzeitig ist er als Imker tätig (Verkaufsstelle von Bienen-Meier).

Ruedi Schläfli ist seit 2012 Grossrat, zudem ist er Vizepräsident der SVP des Kantons Freiburg und Mitglied des Vorstands der SVP Saane. Weiter ist er Mitglied der Begnadigungskommission. Als ehemaliger Schwinger (15 Kränze) ist Ruedi Schläfli weiterhin für den Nationalsport tätig und amtiert als technischer Leiter im Westschweizer Schwingerverband.

- Wer in die Schweiz kommt, hat sich an die Rechtsordnung zu halten, sich anzupassen und für den Lebensunterhalt selber zu sorgen.

- Die Landwirte müssen wieder raus aus den Büros. Die Landwirtschaft hat qualitativ hochstehende und heimische Produkte zu produzieren und nicht Papier für die Verwaltung.

Die Landwirtschaft muss wieder aus den Büros kommen!

Unsere Landwirte haben die Pflicht, die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Produkten zu versorgen. Ich will eine einheimische Landwirtschaft, die wettbewerbsfähig ist. Man muss unseren Landwirte ein ange-

messenes Einkommen sichern. Die Landwirtschaft muss Lebensmittel im Einklang mit der Natur produzieren und kein administratives Papier.

Die Finanzen haben absolut Prioritäten. Strenger sein mit unnötigen Ausgaben, die nicht zur Realität entsprechen.

Wer in die Schweiz kommt, hat sich an die Rechtsordnung zu halten, sich anzupassen und für den Lebensunterhalt selber zu sorgen.

Die Familie muss im Mittelpunkt der Staatsstruktur bleiben. Unterstützen wir die Familien mit angemessenen und tieferen Steuern.



«Katharina Thalmann-Bolz nach Bern - eine Chance für Freiburg!»

Für moderne, eigenständige Familien, ohne staatliche Bevormundung

- Für den Erhalt einer unabhängigen, neutralen und föderalistischen Schweiz
- Für die Wahrung der tragenden Staatssäulen als Garant für unsere Wohlfahrt und unsere Freiheit
- Für ein dauerhaftes und qualitativ hochstehendes Bildungswesen
- Für das beispielhafte duale System der betrieblichen Lehre mit öffentlicher Berufsschule

Als Ehefrau und Mutter ist mir die Familie sehr wichtig. Der Zusammenhalt von Alt und Jung bereichert und stärkt die Gemeinschaft! Die kleinste Zelle und tragende Säule unserer Gesellschaft wird jedoch vermehrt bedrängt durch staatliche Bevormundung.

Tagesstrukturangebote wie Krippen, Mittagstisch und Aufgabenhilfe sind

nur dort zur Verfügung zu stellen, wo ein Bedürfnis besteht, ohne Unterstützung nach dem Giesskannenprinzip. Der Staat soll Familien bei finanziellen Engpässen mit gezielten Massnahmen begleiten. Zudem bin ich gegen einen vom Staat verordneten Vaterschaftsurlaub.

Moderne, eigenständige und selbstbestimmte Familien mit Kindern benöti-

gen viel Freiraum, um sich zu entwickeln. Mann und Frau sollen als gleichberechtigte Partner in Beruf und Gesellschaft anerkannt werden. Sie sollen frei entscheiden können, wer welche Rolle in der Familie einnimmt. Daher ist es auch höchste Zeit, dass die Heiratsstrafe abgeschafft wird, die steuerliche Benachteiligung für Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren.



Katharina Thalmann-Bolz

- Beruf : Primarlehrerin
- Funktion : Grossrätin, Gemeinderätin, ehem. Grossratspräsidentin
- Wohnort : Murten
- Jahrgang : 1957
- Zivilstand : Verheiratet, 2 Kinder

Geboren am 5. März 1957 in Bern. Katharina Thalmann-Bolz besuchte das Seminar Freiburg, das sie 1977 abschloss. Seither unterrichtet sie an der Primarschule Murten, ihrem Wohnort. 1986 wurde sie in den Generalrat Murten gewählt, den sie 2001 auch präsidierte. Im selben Jahr wurde sie in den Gemeinderat gewählt.

Seit 2007 ist sie Freiburger Grossrätin. 2014 wurde sie zur Grossratspräsidentin gewählt. 2000 bis 2004 war sie zudem Mitglied des Verfassungsrats. Sie hat Einsitz in verschiedenen Organen, darunter im Feuerwehrverband Region Murten (den sie präsidiert), im Verwaltungsrat der Freiburgischen Verkehrsbetriebe und in der Verwaltungskommission der Anstalten von Bellechasse.

«Mit Kraft und Kompetenz – Für Freiburg»



Emanuel Waeber

- ✚ Beruf : Betriebsökonom
- ✚ Funktion : Grossrat, Präsident der SVP Fraktion
- ✚ Wohnort : Heitenried
- ✚ Jahrgang : 1958
- ✚ Zivilstand : Verheiratet, 2 Kinder

Geboren am 16. Januar 1958 in St Antoni. Emanuel Waeber hat eine Ausbildung als Ökonom bei der Graduate School of Business Administration in Zürich absolviert. Danach hat er eine berufsbegleitende Ausbildung in öffentlicher Politik am IDHEAP in Lausanne abgeschlossen. Seit 2012 ist er Leiter Administration und Finanzen und stellvertretender Generalsekretär des Berufsverbands der Schweizer Ärzteschaft (FMH).

Emanuel Waeber ist seit 2007 Grossrat, seit 2012 präsidiert er die SVP-Fraktion. Er war Vizepräsident der Untersuchungskommission «Poya-Brücke».

In der Armee versah Oberstleutnant Waeber die Funktion eines Nachrichtenoffiziers, er stand der Panzerbrigade 2 vor. Weiter war Emanuel Waeber während 5 Jahren Kirchgemeindepräsident. Er ist Mitglied verschiedener kultureller und sportlicher Verbände und Mitglied von Organisationen von allgemeinem Interesse. U.a. ist er Präsident des Unihockey-Clubs Fribourg.

Ich setze mich prioritär für folgende vier Bereiche ein :

1. Aktivere Wirtschafts- und Steuerpolitik, 2. Kein schleichender EU-Beitritt, 3. Wohldurchdachte Energiepolitik, 4. Gewährleistung der Sicherheit.

Mit meiner Kandidatur verfolge ich folgende Ziele

Wir wollen erfolgreich und frei bleiben. Dies bedeutet für mich das Recht, im eigenen Land selber bestimmen zu können, die Unabhängigkeit zu bewahren und damit den Arbeitsplatz – unsere Klein- und Mittelbetriebe (KMU) – zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Das ist unser Erfolgsrezept.

Ich vertrete eine klar bürgerliche politische Ausrichtung und stelle heute fest, dass die SVP die einzige politische Kraft ist, die eine noch klar bürgerliche Haltung vertritt. Bürgerlich heisst für mich: eine im Bürgertum fußende Ausrichtung der Politik zu vertreten. Wesentliche Merkmale

diesbezüglich sind der Vorrang des einzelnen Staatsbürgers gegenüber dem Staat, die Betonung der Subsidiarität, der Schutz von Eigentum und eine zurückhaltende Steuer- und Defizitpolitik.

Seit Jahren ist eine Zunahme „schleichender Sozialisierung“ im Gange. Zunehmende Staatsinterventionen, unaufhaltsam gestiegene Steuer- und Abgabenlast, verantwortungslose Schuldenwirtschaft, lähmende Regulierungsdichte, zu Perfektionismus drängende Bürokratie.

Ich bin ein Verfechter der Subsidiarität, also einer Gesellschaftsstruktur,

die – wo immer möglich – am Ort des Geschehens handelt. Das heisst: der Staat soll sich nur um das kümmern, was der Einzelne nicht leisten kann (Bildung, Gesundheitswesen, Infrastrukturen, Sicherheit).

Anpassertum schadet der Schweiz – Zunehmendes Anpassertum gegenüber dem Ausland und eine Politik der Gleichmacherei schaden der Schweiz. Zu den Standortvorteilen des schweizerischen Werk- und Finanzplatzes Sorge zu tragen, ist eine absolute Dringlichkeit. Sonst gehen Arbeitsplätze verloren und der Wohlstand gleicht sich unweigerlich dem tieferen EU-Niveau an.



Ständeratskandidat



Meine Kinder Elia und Aline, meine Frau Madeleine und ich

Meine Motivation zur Ständeratskandidatur

Zur praktisch rein berufspolitischen Vertretung des Kantons Freiburg in Bern bin ich als Milizpolitiker das ideale Gegenstück - der Antipode - den sich viele Freiburgerinnen und Freiburger als echte Alternative wünschen. Und ich bin wohl einer der wenigen und von einer schwindenden Art (Spezies) von Milizpolitikern.

Nämlich jemand, der beruflich neben der Bundesverwaltung auch in national und international tätigen Unternehmen, im Industriesektor sowie in der Verbandstätigkeit als Mitglied des oberen Kaders grosse Erfahrung mitbringt. Mir sind die hohen Arbeits- und Leistungserwartungen an die Mitarbeitenden bestens bekannt.

Aufgrund dieser breiten beruflichen Erfahrungen mit Arbeitsplätzen in Bern, Freiburg, Zürich und Lausanne

und der damit verbundenen Doppelbelastung war und bin ich ein überzeugter Milizpolitiker, der jederzeit Bodenhaftung aufweist. Das ist ein echter Mehrwert für Freiburg.

Als Stiftungsratsmitglied einer der grossen privaten Pensionskassen der Schweiz mit einem Vermögen von 4,5 Milliarden Franken kenne ich die Herausforderungen im Sozialversicherungswesen bestens.

Als Präsident des Unihockeyclubs Fribourg setze ich mich seit Jahren für eine aktive sportliche Jugendarbeit ein.

Mit meinem Profil will ich in Bern eine neue Dynamik in den oft eindimensionalen Politikalltag einbringen und mich zugunsten von Freiburg einsetzen.

Unsere JUNGE Liste

Die Sektion Junge SVP Freiburg wurde 2005 gegründet. Sie setzt sich zusammen aus jungen Personen im Alter zwischen 16 und 33 Jahren und setzt sich zum Ziel, die Sicht der Jugend in die Politik einzubringen und den Nachwuchs für die Schweiz von morgen bereit zu stellen. Dieses Jahr nimmt die Junge SVP Freiburg zum ersten Mal in ihrer Geschichte auch an den eidgenössischen Wahlen teil.

Anthony Marchand
 Alter : 21 Jahre
 Wohnort : Cugy
 Beruf : Student ETH



Claudia Zosso
 Alter : 28 Jahre
 Wohnort : Schmitten
 Beruf : Bankkauffrau



Sébastien Kolly
 Alter : 25 Jahre
 Wohnort : Corbières
 Beruf : Käser



Dimitri Mages
 Alter : 20 Jahre
 Wohnort : Marly
 Beruf : Kauffmann



Rémy Gendre
 Alter : 23 Jahre
 Wohnort : Neyruz
 Beruf : Student UNIFR



Stiobban Godel
 Alter : 22 Jahre
 Wohnort : Estavayer-le-Gibloux
 Beruf : Landwirt



Die auf der Strasse und in den sozialen Medien aktive Sektion weiss, wie man mit der Jugend in Kontakt tritt, sie hat aber auch ein offenes Ohr für die Älteren. Ihr Ziel ist es, jene Werte zu verteidigen, welche die Schweiz so erfolgreich gemacht haben. Sie versammelt deshalb in ihren Reihen Junge aus unterschiedlichen und vielfältigen Sprachregionen, Vereinen und Berufen. Der erhoffte Erfolg stützt sich auf die Motivation und die Erfahrung der Kandidatinnen und Kandidaten, die wir Ihnen für diese Wahlen präsentieren werden.

Diese Jungen kämpfen für mehr Si-

cherheit, aber auch für die KMU, die für den Erfolg unserer Wirtschaft verantwortlich zeichnen. Sie setzen sich ein für unser Erbe und dafür, dass es an die kommenden Generationen weiter gegeben wird. Und schliesslich liegt ihnen auch die nachhaltige Landwirtschaft am Herzen, die es zu schützen gilt.

Nachdem sie dafür gekämpft hat, dass in den Schulen unsere Nationalhymne gelernt wird, lancierten sie dieses Jahr eine neue Volksmotion. Diese zielt auf die Förderung der Freiburger Landwirtschaft an unseren Schulen ab. Mittels thematischen

Tagen oder anderen ausserschulischen Aktivitäten soll die Landwirtschaft bei den Jugendlichen besser ins Bewusstsein gerückt werden. Die Volksmotion wird diesen Herbst bei der Staatskanzlei eingereicht werden.

Die Junge SVP Freiburg möchte den Nachwuchs sicherstellen, sie möchten aber auch ihre älteren Kolleginnen und Kollegen bei ihren aktuellen und zukünftigen politischen Auseinandersetzungen unterstützen, zum Wohle unseres Kantons und unseres Landes. Deshalb rufen wir laut und deutlich: «Wer Zukunft will, muss Zukunft wählen!»

Michaël Li Rosi
 Alter : 29 Jahre
 Wohnort : Fribourg
 Beruf : Detailhandelsfachmann





Wer Zukunft will, muss Zukunft wählen !
Junge SVP Freiburg
Nationalrat

Liste 9


LI ROSI
Michaël

MAGES
Dimitri

GODEL
Stiobban

ZOSSO
Claudia

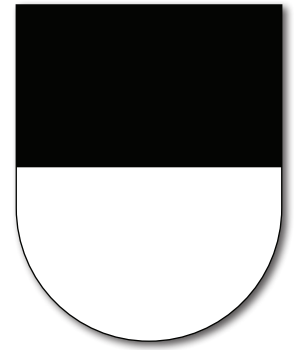
MARCHAND
Anthony

GENDRE
Rémy

KOLLY
Sébastien



So wählen Sie im Kanton Freiburg richtig!



1. Öffnen Sie den Wahlumschlag, der folgende Unterlagen enthält:

- Vordruckte Wahlzettel (Listen) für die Wahlen in den Nationalrat
- 2 kleine Briefumschläge
- Vordruckte Wahlzettel (Listen) für die Wahlen in den Ständerat

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und -räte:

Nehmen Sie die **Liste Nr. 5 SVP** oder die **Liste Nr. 9 Junge SVP** und legen sie sie unverändert in den dafür vorgesehenen Briefumschlag

3. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Nehmen Sie die Liste Nr. 5 SVP mit dem Namen «**Emanuel Waeber**» und legen sie sie unverändert in den dafür vorgesehenen Briefumschlag.

4. Legen Sie alles in den grossen Briefumschlag:

Legen Sie die zwei kleinen Briefumschläge in den grossen.

5. Streichen Sie Ihre Adresse durch und unterschreiben Sie:

Streichen Sie Ihre Adresse auf dem grossen Briefumschlag durch und unterschreiben Sie den Briefumschlag am vorgegebenen Ort. Falls nötig, frankieren Sie den Briefumschlag und legen Sie ihn in einen Briefkasten der Post oder in den dafür vorgesehenen Briefkasten der Gemeinde.

6. Abschicken

Übergeben Sie den Briefumschlag bis spätestens **15. Oktober** der Post oder legen Sie ihn bis spätestens **16. Oktober** in den dafür vorgesehenen Briefkasten der Gemeinde oder begeben Sie sich am **18. Oktober** an die Urne.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Wahlzettel für die Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015

Liste

5	Schweizerische Volkspartei
5.1	Jean-François Rime
5.2	Jean-Daniel Chardonens
5.3	Roland Mesot
5.4	Pierre-André Page
5.5	Ruedi Schläfli
5.6	Katharina Thalmann-Bolz
5.7	Emanuel Waeber

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Wahlzettel für die Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

Liste

5	Schweizerische Volkspartei
5.1	Emanuel Waeber

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 14. September bis am 17. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2015 informieren.

Wir sind von Montag bis Freitag von 11.00 – 19.00 Uhr und am Samstag von 9.00 – 15.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**

*Eine Partei,
die ihre Wurzeln nicht vergisst!*

Rester libre!

www.udc-fr.ch

Frei bleiben!

www.svp-fr.ch

18 octobre

Votez
Wählt
Liste

5



Pierre-André
Page

Jean-Daniel
Chardonens

Roland
Mesot

Katharina
Thalmann-
Bolz

Jean-François
Rime

Ruedi
Schläfli

Emanuel
Waeber

également au Conseil des Etats
auch in den Ständerat

Elections fédérales

Eidgenössische Wahlen

